

Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei **Pruski (G. H. Hrici & Co.)**
Weichstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn **Ch. Spindler**,
Markt- u. Friedhofstr. 4;
in Grah bei Herrn **J. Streifand**;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Naube & Co.



Nachmittags-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Bonn, München, St. Gallen:
Rudolph Hoff;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Wafel:
Graesslein & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: **Emil Bahaly.**

Nr. 542.

Montag, 18. November
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigehaltene Reklamen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Deutschland.

Berlin, 17. November. Sehr bemerkt wird in parlamentarischen Kreisen das Buhlen der Altkonservativen um die Gunst der Rekruten. Die Junker wollen den Papisten zu Willen sein, wenn diese sich dazu verstehen, für die konservative Sache, speziell für das Herrenhaus einzutreten. Was nicht innerhalb des Parlaments von der Tribüne herab und in den Kommissionen zu erreichen ist, das soll hinter den Coulissen durchgesetzt werden, mit allen Mitteln, unter Anrufung jeder irgend einflussreichen und der Koalition erreichbaren Persönlichkeit. Die Konservativen sind des parlamentarischen Bestandes der Katholiken um so mehr bedürftig, als letztere Kapazitäten aufzuweisen haben, die sich auf den Bänken rechts gar nicht mehr finden. Die Windthorst, Mallinckrodt und die beiden Reichensperger gehören zu den hervorragenden Rednern im Landtage und im Reichstage, wogegen die konservativen Abgeordneten genöthigt sind, einen Stroffer vorzuschicken, wenn ein wichtiges Prinzip vertheidigt werden soll. Mit Voranschickung konfirt Herr von Meyer (Arnswalde), aber so viel Selbstkenntnis heftet den Altkonservativen an, daß sie einsehen, ihre oratorische Vertretung sei eine äußerst mittelmäßige, ja unzulängliche. Und darum zwingt sie die pure Noth zu einem möglichst intimen Verkehr mit den Ultramontanen. Bei diesen ist Sitte geworden, jeden Anlaß zu benutzen, um für den heiligen Vater und die angeblich gefährdete Kirche eine Lanze zu brechen. Das geschieht dann in möglichst breiter getretener Vorträge, die Raum lassen zu Klagen über die Verhöhnung der konservativen Sache, und so werden die Mallinckrodt und Genossen nach Ansicht der Konservativen um so wirksamere Vertheidiger der feudalen Ansprüche, als die Inschutznahme derselben eine gelegentliche und häufige ist. Unvergessen war bleiben die scharfen Nachweise der altkonservativen Presse von der Unmöglichkeit eines Verständnisses zwischen den Papisten und den Konservativen, allein man kümmert sich nicht um früher Gesagtes, wo wie jetzt das Feuer auf den Nägeln brennt. Wird die Koalition irgend wie und wo Effect haben? Man thut gut, nicht gering von ihr zu denken und sie bei Weile nicht zu unterschätzen. Die Vorsicht ist um so mehr geboten, als die Liberalen noch lange nicht wissen, wie der Paarschub, wenn er erfolgt, aussehen wird, was mit dem Herrenhause geschieht und welches Schicksal die kirchenrechtlichen Vorlagen haben werden, die seit langer Zeit versprochen sind, die aber nicht kommen wollen. Werden sie überhaupt kommen? Sie nicht kommen zu lassen, ist gerade so sehr der Wunsch der Konservativen wie der Altkonservativen.

Der Ausschuss des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und die vereinigten Ausschüsse desselben für das Landwehr und die Festungen und für Rechnungswesen hielten heute Sitzungen ab.

Die österreichisch-deutsche Konferenz zur Besprechung der sozialen Frage hat bisher sechs Sitzungen gehalten und wird deren noch vier abhalten. Dann werden, wie das „Deutsche Wöhl.“ meldet, die Sitzungsprotokolle mit einem Generalbericht jeder der beiden Regierungen übergeben werden.

Die neuen Schulverfügungen, welche Ende v. M. verfaßt und alsbald ihrem Inhalt nach bekannt worden sind, haben, mit Ausnahme der Organe der äußersten Rechten, welche mit ihrem Urtheil noch zurückhalten, allgemeine Zustimmung in der Presse gefunden. Wie das „Dtsche Wöhl.“ hört, hat die Veränderung, welche durch diese Verfügungen in dem preussischen Schulwesen eingetreten ist, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufmerksamkeit erregt und verschiedene auswärtige Regierungen haben sich in vertraulicher Weise hierher gewandt, um sich über diese Erlasse genauer zu unterrichten.

Dem Abgeordnetenhaus wird folgender Entwurf eines Gesetzes, betreffend die den Angehörigen der Reserve und Landwehr geleisteten Beihilfen zugehen:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen u. v. ordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: § 1. Die Forderungsrechte, welche der Staat in Ausführung des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1871 (Reichsgesetzblatt Seite 211) Angehörigen der Reserve und Landwehr gegenüber durch die Gewährung von Beihilfen in Form von Darlehen erworben hat, gehen kraft dieses Gesetzes auf die Provinzialverbände der Monarchie beziehungsweise die Kommunalverbände der Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden, den Stadtkreis Frankfurt a. M. und die Hohenzollern'schen Lande in dem Umfang über, in welchem die Darlehen durch die Organe dieser Verbände bewilligt worden sind. Dasselbe gilt hinsichtlich der Forderungsrechte, welche der Staat dadurch erwirbt, daß weitere Darlehen an Angehörige der Reserve und Landwehr aus dem durch Zuschüsse aus der Staatskasse bis auf den Gesamtbetrag von 2,577,810 M. zu ergänzenden Beihilfefonds gewährt werden. § 2. Die Fonds, welche durch die Rückzahlung der im § 1 bezeichneten Darlehen gebildet werden, sind zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke im Interesse der betreffenden Landestheile bestimmt. § 3. Die Verwaltung des für die Hohenzollern'schen Lande zu bildenden Fonds wird bis zur Einführung einer kommunalen Vertretung in denselben durch königliche Verordnung geregelt.“

Unter Aufhebung des Erlasses vom 16. März 1868 ist über den Erlaß der Unteroffizierschulen an Unteroffizieren Folgendes bestimmt worden:

1) Die Inspektion der Infanterie-Schulen hat behufs Komplettierung der Unteroffiziere bei den Unteroffizierschulen das Recht, aus den ehemals besten Jünglingen derselben den Truppendeilen Unteroffiziere namentlich zu bezeichnen, deren Veretzung in die Stäbe der Unteroffizierschulen resp. deren Kommandirung zu letzteren beantragt wird. Die Truppendeile sind verpflichtet, diesen Requisitionen zu entsprechen, sobald die beanspruchten Unteroffiziere abkömmlich sind. Als unabhängig dürfen im Allgemeinen nur diejenigen angesehen werden, welche als Feldwebel oder Zahlmeister-Apiranten in den Truppendeilen Verwendung finden. 2) Die General-Kommandos haben ferner ausschließlich zum 1. März, von jedem Infanterie-Regiment einen zur Abgabe an die Unteroffizierschulen geeigneten (ex. pass.) 3) Unteroffizier der Inspektion der Infanterie-Schulen für das laufende Jahr namhaft

zu machen. — Durch die vorstehenden Angaben wird der Inspektion der Infanterie-Schulen dasjenige Unteroffizier-Personal bekannt, auf welches von letzterer gerücksichtigt werden kann, sobald die Komplettierung der Unteroffiziere der Unteroffizierschulen nach pass. 1 nicht ausführbar ist. 3) Als geeignet zur Abgabe an die Unteroffizierschulen sind solche Unteroffiziere anzusehen, welche eine zwei- bis höchstens dreijährige Dienstzeit in der Unteroffizierschule zurückgelegt, bei fester dienstlicher und sittlicher Führung im praktischen Dienst Sicherheit erlangt haben und die Fähigkeit besitzen, das Erlernte auch Anderen verständlich mitzutheilen.

Die Ersahreservisten erster Klasse des Jahrganges 1867 treten in diesem Herbst noch zur Ersahreserve zweiter Klasse über, sobald denselben dieser Uebertritt auf dem Ersahreservisten-Schein vermerkt worden ist. Die Mannschaften des genannten Jahrganges werden also gut thun, diesen Vermerk zuständigen Orts zu extrahieren, da Derjenige, der dieses veräumt, in den Listen der Ersahreserve erster Klasse fortgeführt und wie die Mannschaften legerer auch behandelt wird.

D.R.C. Bekanntlich ist das Feld-Kriegsspiel eine sehr beliebte und anregende Unterhaltung in den Offizier-Kasinos und in allen Zirkeln, welche sich zunächst aus militärischen Mitgliedern gebildet haben. Es ist jetzt im Werke, auch ein Belagerungs-Kriegsspiel zusammen zu stellen und liegen — wie wir erfahren — der General-Inspektion der Artillerie vor. Für das Angriffsspiel soll der Plan von Paris mit seinen Forts gewählt worden sein.

Das deutsche Geschwader, bestehend aus den Schiffen „Friedrich Karl“, „Elisabeth“ und „Albatros“, ist am 29. v. Mts. auf der Rhede von Funchal (Madeira) angekommen. Es wurde beabsichtigt, die Fahrt am 3. d. M. zunächst nach den Cap Verdischen Inseln fortzusetzen. Auf der zum Theil sehr stürmischen Reise haben sich alle drei Schiffe gut bewährt. Der Gesundheitszustand an Bord ist befriedigend.

Elbing, 3. Nov. Der 2. katholischen Schule hier ist laut l. Ordre seit dem Jahre 1823 ein jährlicher Zuschuß von 300 Thln. aus dem aufgehobenen Cistercienser-Kloster zu Poln. Krone bewilligt und bis jetzt regelmäßig bezahlt worden. Der Minister wünscht nun über den Betrag anderweitig zu verfügen, und soll die l. Regierung zu Danzig sich darüber äußern, ob der gedachte Zuschuß vom 1. Januar l. J. zu entbehren sei. Die städtische Behörde, die Auskunft darüber ertheilen soll, seit wann und aus welchem Anlaß dieser Zuschuß ihr überwiesen worden, und ob eine rechtliche Verpflichtung zur Weiterzahlung vorhanden, wird nach den „E. A.“ gegen die Einziehung dieser Unterstützung, da die Schule gegenwärtig noch besteht und auf 4 Klassen erweitert worden, Protest einlegen.

Mainz, 14. Novbr. Dem ultramontanen „Mainzer Journ.“ gehen aus „mysteriöser Weise“, d. h., wie es scheint, durch Bruch des Amtsgeheimnisses, zwei Aktenstücke zu, von denen das eine wichtigere lautet:

Zu Nr. R. B. 444. N. N. am 29. Oktbr. 1872. Betreffend: Die Denkschrift der in Fulda versammelt gewesenen Bischofs-Konferenz.

Das großherzogliche Ministerium des Innern an die großherzoglichen Kreisämter.

Nach einem uns zugekommenen Hirtenbriefe, erlassen von dem Bischof von Mainz an die Geistlichkeit und die Gläubigen seines Kirchenprelats, sollen auf gemeinschaftliche Anordnung der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe von Allerheiligen (1. November) l. J. bis zur Fastenzeit nächsten Jahres, wie in allen katholischen Gemeinden Deutschlands, so auch in denen des Großherzogthums öffentliche Gebete für „die Anliegen resp. Bedürfnisse der katholischen Kirche in Deutschland“ stattfinden. Inbaltlich besagten Hirtenbriefes scheinen zwar mit der besagten Andacht keine Predigten, — Verkündigungen oder Erörterungen — verbunden zu sein, aber immerhin wollten wir Ihnen empfehlen, wie überhaupt auf die Kanzelvorträge, auch auf die besagten Andachtsübungen in geeigneter und wenigstens möglich auffälliger Weise Ihr Augenmerk zu richten, und falls neben dem Gebete auch Vorträge u. vorkommen sollten, von etwaigen bei letzteren sich ergebenden Zuwiderhandlungen gegen den § 130 a. des Strafgesetzbuchs anher sowie zugleich an das zuständige Gericht Anzeige zu machen.

v. Stark. Lotheissen.

Da die Schreiben, fügt das „Mainz. J.“ hinzu, für denjenigen Theil unserer Leser, welcher dem Hochwürdigsten Klerus unserer Diöcese angehört, eine ganz besondere Bedeutung haben, so wollten wir nicht veräumen, dieselben trotz des eigenthümlichen Weges, auf welchem wir sie erhielten, zur geeigneten Kenntnissnahme zu bringen.

Quisburg, 12. November. [Verurtheilung.] Die Klerikale „Quisburger Volkszeitung“ wurde während ihres kurzen Bestehens bereits wegen fünf verschiedener Artikel in Anklagezustand versetzt. Gestern hat nun wegen all dieser Anklagen die Gerichtsverhandlung stattgefunden. Die Strafanträge gingen laut der „Köln. Ztg.“ aus vom Reichskanzler Fürsten v. Bismarck, vom Kriegsminister Grafen v. Moos und von der Militärbehörde in Köln; der Kultusminister hatte auf einen event. Strafantrag verzichtet. Der Gerichtshof verurtheilte den Redakteur zu sechs Wochen Gefängnis, weil er es sich bewußt gewesen sein müsse, daß die von ihm propagirten Thatsachen entstellend und erdichtet gewesen seien, und weil er den öffentlichen Frieden gefährdet, nämlich das katholische Volk gegen andere Klassen von Staatsangehörigen aufgereizt habe.

München, 16. Nov. Der Sturz der Spigederbank beherrscht die ganze Situation. Die Blätter wimmeln von Einzelheiten über die am Dienstag Nachmittag endlich erfolgte Katastrophe.

Fräulein Spigeder, im Schlafrock mit dem goldenen Kreuz und der Zigarrette, empfing die Gerichtskommission anfangs sehr indignirt, fügte sich aber bald in das Unvermeidliche. Die Prüfung des Geschäftsbetriebes ergab eine grenzenlose Unordnung, als „Wider“ fungirten nur Notizbüchchen und abgerissene Blätter. Als nach konstatirter starker Ueberbürdung der Gerichtskommission, Bezirksgerichtsrath Scharrer, den Bankrott erklärte und zugleich über die Geschäftsinhaberin Zivilisiertheitshaft verfügte, wurde die Dame so alterirt, daß ihr Hausarzt sich ihrer Abführung widersetzte. Dieselbe erfolgte erst nach eingetretener Nervenberuhigung Nachts 1 Uhr; in Begleitung ihrer Gesellschaftsdame wurde Fräulein Spigeder in das Zivilgefängnis hinter dem Hofthore abgeführt, und dann ihr Palais in der Schönfeldstraße geschloßen und versiegelt. Etwa 40 Agenten und Bedienstete der Bank, die bisher in dem Palais festgehalten worden waren, erhielten zugleich Erlaubniß, sich zu entfernen, was sie sich nicht zweimal sagen ließen. Die eingetretene Katastrophe wird voraussichtlich die moralische Luft der bairischen Hauptstadt auf geraume Zeit reinigen und namentlich unter der dort zu einer wahren Plamität gewordenen Wintepresse aufräumen. Mehrere „Literaten“ sind bereits

auf der Flucht, andere werden von den „Neuesten Nachrichten“ zur Rechtfertigung über ihre Beziehungen zu der Spigederbank aufgefordert, u. A. der Redakteur des antinationalen „freien Landesboten“, der nach eigenem Eingeständniß von der Spigederbank auf ein sehr überbürdetes Grundstück eine glänzende Summe als letzte Hypothek bekam, dafür freilich aber auch ihr Geschäft in Schutz nahm. Endlich werden außer dem Landtagsabgeordneten Dr. E. Barth noch zwei Advokaten und zwei Rechtskonzipienten als Rechtsbeistände der Spigederbank genannt und zur Rechtfertigung aufgefordert. Eine gründliche Reinigung des gesellschaftlichen Bodens von München ist damit, wenn auch auf Kosten manches Familienwohlstandes, angebahnt, dieselbe war in der That allmählich ein dringendes Bedürfnis geworden. Das „Vaterland“ vergleicht mit wahrhaft genialer Frechheit die dachauer Bank mit dem Weinberg Raboth's, der dem Judenkönig Abas im Wege gewesen sei! Interessant ist übrigens die Art und Weise, in welcher die durch die Spigeder'sche Katastrophe hart betroffene Klerikale Partei sich zu den bevorstehenden Gemeindevahlen verhält. Dieselbe veröffentlicht ihre Wahlaufträge nach wie vor, wohlweislich aber ohne Namensunterschrift, da die „extreme“ Hälfte des Wahlkomite's durch die Spigederkatastrophe zu arg kompromittirt ist. Vermuthlich wird indeß in den nächsten Tagen angeht's des öffentlichen Stands das ganze Wahlkomite in die Luft gesprengt werden. Vorläufig hat Dr. Sigl hochherzig auf seine Kandidatur für die Gemeindevvertretung verzichtet, ein Beweis, daß er sich trotz allen Längens von der Spigederkatastrophe mit beruhigt fühlt.

München, 14. Nov. Das bairische ultramontane Blättchen „Vaterland“ wird nach der „N. N.“ zu Neujahr eine andere Lesart erhalten. Der würdige Dr. Sigl übergibt die Redaktion an einen Pfaffen, und verläßt selbst die Stadt München als Reisemarschall und Quartiermacher einer Dame, der er sehr viel verdankt.

München, 15. Nov. Eine neue Verordnung über die Dienstverhältnisse der Landwehroffiziere resp. des Offizier-Beurlaubtenstandes ist vom Könige erlassen worden, wodurch nunmehr auch in dieser Beziehung völlige Uebereinstimmung mit der preussischen Armee erzielt ist.

Oesterreich.

Görz, 16. Nov. Die Villa Attems wird für den Aufenthalt der kaiserlichen Kinder hergerichtet.

Schweiz.

Bern, 12. November. In der heutigen Sitzung des Bundesraths (ag der Bericht des schweizerischen Gesandten in Berlin, des Obersten Hammer, über das Resultat der daselbst von ihm wegen der am 7. Februar d. J. an der basler Grenze verübten Grenzverletzung gethanen Schritte vor. Auf der hagenheimer Straße war es zu einem Zusammenstoße zwischen deutschen Grenzbeamten und Schmugglern gekommen, wobei sich der Kampf bis auf Schweizergebiet fortgesetzt hatte. Auf Wunsch der Regierung des Kantons Baselstadt hatte der Bundesrath in Berlin Beschwerde geführt. Laut Bericht des Obersten Hammer hatte die kaiserliche Verwaltungsbehörde den Vorfall bereits von sich aus bei dem Landgerichte in Mülhausen anhängig gemacht, und wie aus den von dort aufgenommenen Akten erhellt, war der Angriff nicht von den deutschen Grenzbeamten, sondern von den Schmugglern erfolgt, und zwar auf elsässer Gebiet, worauf dann allerdings von jenen in der Hitze des Kampfes die schweizer Grenze überschritten wurde. Der Bundesrath hat sich mit den erhaltenen Aufschlüssen zufrieden gestellt, erklärt, dabei aber immerhin „sichernde Maßnahmen für die Zukunft zur Verhütung einer Wiederholung solcher Vorgänge“ verlangt. — Der Kaiser von Deutschland hat der Stifts-Bibliothek in St. Gallen ein kostbares Werk, „Denkmäler aus Aegypten und Aethiopien von Lepsius“, zum Geschenk gemacht.

Frankreich.

Paris, 15. Novbr. In der Versammlung, welche das rechte Centrum vorgeführt in Versailles abhielt, wurde beschlossen, die Ernennung der Kommission, die eine Antwort auf die Botschaft des Präsidenten abfassen soll, für den nächsten Sonnabend festzusetzen. Ein Theil der Mitglieder, darunter de Witt, Schwiegersohn von Guizot, und der Herzog von Broglie stimmten für Dienstag, weil sie das Resultat der Diskussion über den Changarnier'schen Antrag abwarten wollten, drangen aber mit ihrem Antrage nicht durch. Der Herzog d'Audiffret-Pasquier, welcher der Sitzung angewohnt, die zur nämlichen Zeit die Rechte abhielt, theilte mit, daß die Botschaft dort allgemeine Mißbilligung gefunden habe und daß dieser Verein von der Nothwendigkeit überzeugt sei, daß die ganze konservative Partei wie Ein Mann zusammenstehen müsse. Audiffret-Pasquier hofft, daß das rechte Centrum von den nämlichen Gefühlen befeuert sei, da die Einheit eine Pflicht für alle die sei, welche wegen der Gefahren besorgt seien, die vom Radikalismus und der fremden Invasion drohen. Man müsse entschlossen den Pakt von Bordeaux aufrecht erhalten, diesen Waffenstillstand der Parteien, welcher Frankreich gestützt habe, seinen Kredit zu heben und seine Trümmer zu reparieren. Es handle sich nicht darum monarchische oder dynastische Fragen aufzuwerfen, und die ganze Rechte müsse einig sein, um den Radikalismus zu bekämpfen. Die Worte des Herzogs erhielten natürlich den vollen Beifall der Versammlung. — Die republikanischen und radikalischen Blätter zollen der Botschaft des Herrn Thiers ihren vollen Beifall. An der Spitze derselben steht die „Republique Française“. Thiers, so meint dieselbe, habe gestern erklärt, daß die Republik die einzig mögliche Regierung sei. Es sei wichtig, daß die Republik über die Monarchie von dem Manne gestellt worden sei, der noch vor 20 Monaten die festeste Stütze der letzteren gewesen. Thiers habe ihr Todesurtheil ausgesprochen, die man seit den Unglücksfällen gehört, und man könne sagen, daß er gestern die junge französische Republik dem alten Europa vorgestellt habe. Was die Botschaft des Hrn. Thiers betrifft, so tragen wir noch nach, daß Hr. Thiers einige Stellen, die sich in dem gedruckten Bericht befinden, sei es nun absichtlich oder unabsichtlich bei der Vorlesung übersprungen hat, so namentlich, und diesmal wohl nicht zufällig, die Stelle: „Etwas

Anderes wollen (als die Republik) hieße eine neue Revolution heraufbeschwören und die furchtbare von allen.

Das diplomatische Corps war bei dieser wichtigen Sitzung ausfallend schwach vertreten. Von der deutschen Botschaft war kein einziges Mitglied erschienen und auch der österreichische Botschafter fehlte. Hr. Thiers war durch die gestrige Haltung der Nationalversammlung sich überrascht. Er hatte weder erwartet, daß die Rechte zum Angriff übergehen, noch daß die Gesamtlinke ihn mit solcher Begeisterung unterstützen würde. Der Antrag Kerdrel's, eine Kommission zur Prüfung der Botschaft niederzusetzen, kam ihm ganz ja unerwartet; er hatte bereits den Ueberzieher angelegt, um die Vermählung zu verlassen, als diese Herausforderung ihn nochmals auf die Tribüne rief. Indessen soll es ihm jetzt ganz angenehm sein, daß die Sache nun schneller ausgetragen werden muß und die Rechte selbst die Frage, ob Monarchie oder Republik, zum Klappen bringt. In diesem Sinne äußerte er sich auch gestern Abend bei dem Empfange in seinem Hause, zu welchem fast nur Abgeordnete der Linken gekommen waren. Er erklärte, daß er keine Zweideutigkeiten mehr wolle und daß es keine mehr geben werde. Die Abgeordneten der Rechten möchten jetzt sagen, was sie wollten, sie würden ihn tadeln, wenn sie glaubten, daß er es verdiente und „man werde dann sehen, was weiter zu thun sei.“ Letzteres wurde allgemein als eine Drohung mit dem Rücktritt angesehen.

Verfaßtes, 15. Nov. (Sitzung der Nationalversammlung.) Diskussion über das Gesetz, betreffend die Reorganisation der Jury in Strafsachen. Nachdem Verthaler den Gegentwurf lebhaft bekämpft und der Justizminister denselben verteidigt hatte, beschloß die Nationalversammlung mit 475 gegen 142 Stimmen in die Spezialdiskussion einzutreten. — Die Bureau's werden am Dienstag bezüglich des Antrags Kerdrel sich darüber schlüssig machen, ob es sich empfiehlt, eine Spezialkommission zur Vorbereitung eines Abgentwurfs auf die Botschaft zu ernennen.

Spanien.

Madrid, 14. November. Dem „*Truc Bat*“ zufolge hat sich Don Carlos drei Monate lang in einem der Marquise de la Serna gehörenden Landhause an der französischen Grenze aufgehalten. Ueber die letzte Niederlage des Karlistenführers Castells berichtet die amtliche Zeitung: Castells war am Sonntag mit seiner Bande in Balaguer eingedrungen, wo er von den Truppen unter Gamiz angegriffen wurde. Er leistete unter Benützung seiner vortheilhaften Stellung hartnäckigen Widerstand, wurde aber von den verstärkten Truppen verdrängt und gezwungen, sich auf Almenara zurückzuziehen. Der General-Kapitän von Katalonien hat eine Abtheilung zu seiner Verfolgung ausgesandt. — Aus Barcelona meldet man, daß von 140 dort wohnenden Elsaß-Lothringern 136 die französische und 4 die deutsche Nationalität optirt haben.

Italien.

Rom, 16. Nov. Die Regierung hat dem heiligen Vater die Nententitel zur Verfügung stellen lassen, welche demselben durch das Garantiegesez zugesprochen wurden. Die Sendung begleitete ein Schreiben des Finanzministers Sella. Der Kardinal Antonelli antwortete demselben, daß der Papst eine Summe nicht annehmen könne, deren Gewährung auf der Anwendung von Gesetzen beruhe, die vom heiligen Stuhle nicht akzeptirt seien.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Nov. Die Arbeitsfrage macht jetzt auch den Pächtern viel zu schaffen. Um Strikes zu vermeiden und dem Treiben professionsmäßiger Agitatoren entgegenzuwirken, hat sich in Newmarket in Cambridgeshire ein „Landwirtschaftlicher Verein“ ebenso wie früher schon in Oxfordshire gebildet. Neben den genannten Zielen hat der Verein sich vorgesezt, die Tagelöhner von den trügerischen Angaben der Agitatoren zu überzeugen, und während eine angemessene Lohn-erhöhung vorgenommen werden soll, will der Verein jedoch jedem Zwange widerstehen. Auch die Tagelöhner wollen in Cambridgeshire und ebenso in West-Suffolk Vereine bilden, zu welchem Zwecke, ist jedoch noch nicht bekannt. Das Komitee des großen 300,000 Mitglieder zählenden Vereins der landwirtschaftlichen Tagelöhner schreibt indeß mit der Verwirklichung des riesigen Auswanderungsplans rüftig vor, obwohl es mit der halben Million vorläufig noch gute Weile hat. Eine vierte Auswanderertruppe, die aus 400 solcher Arbeiterfamilien

besteht, hat sich in London nach Neu-Seeland eingeschifft, während eine weitere sich nach Liverpool begeben hat, um nach Brasilien auszuwandern. Die Auswanderungsagenten sind in Oxford, Cambridge, Limerick und anderen landwirtschaftlichen Grafschaften sehr beschäftigt, die Namen der Auswanderungslustigen aufzuschreiben, und die Kolonien überbieten sich gegenseitig in Lockmitteln, durch welche die Fische gefangen werden sollen. — Die „*Times*“ redet in einem Leitartikel dem kühnen Vorschlage ihres Korrespondenten in Calcutta, einen eingebornen Staatsmann Sir Madhava Rao, zum Finanzminister für Indien zu ernennen, das Wort. Sir Madhava Rao ist von marattischer Abstammung. Sein Vater stand in Diensten des Rajah von Travancore, und er selbst trat, nachdem er sich in Madras eine bedeutende Bildung erworben, in die Dienste desselben Fürsten. Im Laufe einer 10jährigen Dienstzeit erhob er Travancore, das in jeder Beziehung heruntergekommen war, zum Musterstaat in Indien, und als dem Rajah von Travancore die erste Klasse des Sterns von Indien verliehen wurde, erhielt sein Premier die zweite und damit die Ritterwürde. Seitdem ist er von seinem Posten zurückgetreten, ist aber bereits wieder an die Leitung des Staates Indore berufen worden.

London, 15. Nov., Abends. Die Ernennung des Hrn. v. Bleichröder zum englischen Generalkonsul in Berlin wird von dem amtlichen Blatte publizirt. — Die Kohlenbergwerksbesitzer im südlichen Wales haben eine Assoziation zum Schutze gegen Arbeitseinstellungen gebildet.

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. November. Die „*St. Petersburger Zeitung*“ hat in einer Beprechung des vielgenannten Palach'schen Epilogs sich dem Urtheil der liberalen österreichischen Presse angeschlossen und in harten, aber treffenden Worten das darin verkündete Programm als freiheitsfeindlich, die darin angepriesene Politik als utopisch verworfen. Herberes Leid konnte dem geschickten Nestor wohl nicht widerfahren. Aus dem heiligen Rußland, aus dem Mekka, wohin er in den letzten Jahren unermüdeten Auges geblickt, um die siegreiche slavische Sonne aufsteigen zu sehen, hat er wol kaum eine so entschiedene Zurückweisung erwartet. Seine Bewunderer mühen sich daher kläglich ab, diesem Pfeile, der sie am tiefsten verwunden muß, die Spitze abzubringen. „*Pokrot*“ macht sich die Sache leicht, indem er das geachtete russische Blatt einfach als Organ der russischen Nihilisten bezeichnet. Und da er einmal im Zuge ist, so macht er die weitere Entdeckung, daß die russischen Nihilisten — Deutsche sind. Das erklärt nach dem Pokrot Alles, und die Czaren beten nach wie vor zum heiligen Benzol und zu seinem Propheten Palachy. — Nach dem „*Golos*“ sind zur Ausrüstung der gesamten Infanterie und der Kosaken-Regimenter mit schnellfeuernden Gewehren kleinen Kalibers 1,200,000 Büchsen erforderlich, darunter 150,000 Stück für die Kosaken. Von diesem Quantum sollen die Gewerfabriken zu Syzterbeck und Izhewsk innerhalb 6 Jahren 400,000 Stück anfertigen. Die übrigen 650,000 für die Infanterie bestimmten Büchsen sollen in der Tulaschen Gewerfabrik innerhalb eines längeren Termins hergestellt werden. Zur Ausrüstung der oben angegebenen Anzahl Büchsen sind mit Rücksicht auf den Ausschuss fehlerhafter, 1,300,000 Rüsse erforderlich. Wie verlautet, sollen im Jahre 1873 a conto mehrerwähnter 1,200,000 Stück Büchsen, auf der Tulaschen Gewerfabrik 35,000, auf der Izhewsk'schen und Syzterbeck'schen zusammen aber 60,000 Stück, und überdies auf allen drei Fabriken noch 25,000 Kosaken-Büchsen angefertigt werden. In den Jahren 1874 und 1875 soll die Leistungsfähigkeit der Tulaschen Fabrik auf 75,000 Stück jährlich gebracht werden.

Warschau, 15. November. Vor der Kriminalabtheilung des odesaer Bezirksgerichts wurde Anfangs d. M. unter Zugiehung von Geschwornen eine Prozefsache wegen gewinnfuchtiger Verbreitung falscher russischer Banknoten verhandelt, in welche 14 Personen verwickelt waren. Die Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nahm, stellte heraus, daß seit dem Jahr 1869 eine förmlich organisierte Bande zur Verbreitung falscher russischer Banknoten in Odesa bestanden hatte, deren Mitglieder 11 der Angeklagten waren, daß diese Bande die von ihr verbreiteten Falsifikate Anfangs durch

Bermittelung polnischer Emigranten aus London und später aus Genua bezogen und massenweise in Umlauf gesetzt hatten. Die 11 Mitglieder der Bande wurden zum Verlust aller Ständerechte und zur Anstiedelung in Sibirien verurtheilt, die 3 übrigen Angeklagten freigesprochen. — Vor etwa drei Wochen traf hier in Warschau ein am Aufstande von 1863 theilhaftig gewesener Geistlicher Wilezynski aus Paris ein, wo er bis dahin in der Verbannung gelebt hatte, und wendete sich an den Statthalter Grafen Berg mit einem Gesuch um Begnadigung; dies Gesuch wurde ihm, da er dem Statthalter vom russischen Gesandten in Paris empfohlen war, zwar nicht direkt abgeschlagen, er mußte sich aber einer nachträglichen Untersuchung unterwerfen und wurde zu diesem Zwecke auf die Zitadelle in Haft gebracht, aus der er wohl so bald nicht wird entlassen werden. — In Genschoh ist für die dortansässigen 49 russischen Beamten eine große und prächtige orthodoxe Kirche neu erbaut worden, welche am 27. v. M. feierlich eingeweiht wurde. Zur Einweihungsfeier hatten sich auch der Statthalter Graf Berg und zahlreiche hiesige Offiziere und hochgestellte Beamte nach Genschoh begeben. — Nach amtlicher Angabe sind in den ersten 3 Quartalen d. J. in Warschau und andern Städten des Königreichs Polen 664 verschiedener Druckschriften erschienen, und zwar 463 in polnischer, 82 in russischer, 8 in deutscher, 6 in französischer, 16 in lateinischer, 1 in italienischer und 88 in hebräischer Sprache. Die neu erschienenen polnischen Druckschriften sind größtentheils Andachtsbücher und Uebersetzungen; Originalwerke wissenschaftlichen Inhalts befinden sich nur wenige darunter. Unter den 8 deutschen Druckschriften verdienen zwei Kalender Erwähnung, von denen der eine hier in Warschau, der andere in Kalisch erschienen ist und die sich beide einer zahlreichen und weiten Verbreitung im Königreich Polen erfreuen. — Auch aus Petrika wird bereits ein Cholerafall gemeldet, der mit dem Tode des Erkrankten endete. Weitere Erkrankungen sollen bis jetzt nicht vorgekommen sein.

Griechenland.

Athen, 16. Nov. Ein metallurgisches Unternehmen mit großem Gesellschaftsfonds hat sich gegründet. Auffallenderweise erwähnten die Aktionäre den heftigsten Gegner des Ministeriums in der Laurionfrage, Serpieri, auf 10 Jahre zum Direktor. Das Ministerium ist somit durch die öffentliche Meinung völlig desabonirt worden.

Vom Landtage.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 16. November. Eröffnung 1¹ Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg. Nachdem Präsident v. Forckenbeck das bereits bekannte Resultat der Schriftführerwahl verkündigt und die Niederlegung der Mandate seitens der Abgeordneten Hoffmann (Jüterbogk) und Rugler (Wiesbaden) mitgetheilt hat, erhält sofort das Wort der Minister des Innern: Meine Herren! Zum dritten Male lege ich Ihnen den Entwurf einer Kreisordnung vor. Während der Berathung über den Entwurf im Abgeordnetenhaus hat sich überall ein Einverständnis mit der Regierung nicht herausgestellt. Die Regierung hat gegen manche Beschlüsse des Hauses Bedenken, hoffte aber zu einem ausgleichenden Resultate durch das Simulverschieben des Gegentwurfs von einem Hause zum andern zu gelangen. Diese Hoffnung ist, wie Ihnen allen bekannt, nicht in Erfüllung gegangen. Es kommt jetzt darauf an, den Gegentwurf auf's Neue in Angriff zu nehmen und es war Zeit für die Regierung, neu mit Bestimmtheit durch den neuen Entwurf klar zu legen, welche Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ihr annehmbar erscheinen, welche nicht. Die Zahl derjenigen Beschlüsse, welche die Regierung geändert zu sehen wünscht, ist nicht groß, aber sie legt auf ihre Abänderungsvorschläge um so größeren Werth. Motive habe ich dem Gegentwurf nicht beigegeben, weil ich nur hätte schreiben können, was doch eigentlich Ihnen Allen bekannt ist. Ich darf mich deshalb wohl darauf beschränken, bei der Einbringung des Gesetzes auf diejenigen Hauptpunkte aufmerksam zu machen, welche in den jetzigen Entwurf eine Aenderung gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bringen. Ich folge dabei der Zahl der Paragraphen des neuen Entwurfs. Die §§ 17 und 18 handeln von der Befreiung von den Kreisabgaben. Das Abgeordnetenhaus wollte den Dienstwohnungen keine Befreiung zu Theil werden lassen und wollte auch das Dienstentlohnung der Beamten und Geistlichen in demselben Maße zu den Kreisabgaben heranziehen, wie das Einkommen der übrigen Kreisangehörigen.

liebe des Weimar in dessen Zimmer gegangen, um ihm den Kaffee zu bringen. Ohne daß vorher auch nur irgend ein Wortwechsel gehört worden wäre, fiel plötzlich ein Schuß, und als die Mutter in das Zimmer stürzte, fand sie ihre Tochter tot am Boden liegend, während der junge Mann mit theilweis zerwundertem Schädel noch röchelte. Er hatte, bevor er an sich Hand gelegt, dem Mädchen ein langes Messer mit solcher Gewalt unter der Herzgrube in die Brust gestochen, daß die Klinge bis in das Rückgrat gedrungen war und beim Herausziehen abbrach. Er selbst hatte sich mit einem sechsäufigen Revolver durch die Stirn geschossen. Der Umstand, daß die Stelle, an welcher das Messer in des Mädchens Brust gedrungen, von Kleibern entblößt war und man keinen Streit vernommen hatte, läßt auf ein Einverständnis der beiden Unglücklichen schließen. Da der junge Mann auch bald darauf starb, so wurden beide Leichen zusammen nach dem Obduktionshause gebracht. — Zwischen sind noch einzelne Daten bekannt geworden, aus denen hervorgeht, daß das Mädchen bestimmt mit dem Vorhaben ihres Geliebten Weimar einverstanden gewesen. Sie hatten nämlich beide Kaffee getrunken, die Tassen jedoch nur halb geleert und es wird vermuthet, daß beide mit dem Kaffee auch Gift genommen haben, von dem Weimar immer ein Fläschchen bei sich trug. Ferner glaubt man, daß Klara Groß schon am Abend vorher den Versuch unternommen habe, ihrem Leben durch Gift selbst ein Ende zu machen, da in ihre Angehörigen hörten sie in der Nacht zum Dienstag halbunterdrückte Schmerzenslaute ausstoßen und frampfhaft stöhnen, wobei die Unglückliche auf Befragen nach ihrem Befinden jede Auskunft verweigerte. Der Mörder wird als ein äußerst exaltirter, gewaltthätiger Mensch geschildert, der geringer Meinungsdivergenzen wegen selbst dem Bräutigam der Schwester seiner Geliebten nach dem Leben getrachtet und noch am Montag mit Jenem zu diesem Zwecke durchaus allein zusammenzutreffen gesucht haben soll.

* **Päpstliche Finanzspekulation!** Mit dem Schwinden seiner weltlichen Wirthschaft spürt der Papst dennoch keine Abnahme seiner Ausgaben. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft und größere noch viel mehr, und in solcher Zeit der Trübsal müssen viele Freunde durch klingende Erkenntlichkeit an das sinkende Schiff gefesselt werden. Der Peterspfennig, welcher im September 700,000 Frcs. betrug, reicht für diese Extra's nicht aus. Um es nun der Kurie möglich zu machen, an die bereits auf verschiedentliche Millionen gewachsene Apanage, welche Italien dem Heiligen Vater zur Verfügung stellt, die Hand legen zu können, sinnen die Jesuiten auf trümmige Ansbwege. Nach einer Korrespondenz des „*Bund*“ hat einer derselben folgenden Plan entworfen: Mehrere französische Bankiers leihen dem Papste ohne Unterpfand eine Summe von mehreren Millionen. Zahlt der Papst nicht zur Verfallzeit (und er werde sich wohl hüten, zu zahlen), so lassen die Bankiers den bei den Regierungskassen zur Disposition des Heiligen Vaters gestellten Betrag gerichtlich in Beschlag nehmen. Auf diese Weise gelangt der Papst in den Besitz von Geld, ohne direkt mit der italienischen Regierung in Verkehr treten zu müssen. So non a vero —

Das Arbeitszimmer des Fürsten Bismarck.

Im Bundeskanzleramt in Berlin, so entnehmen wir der „*Bresse*“, ist ein zweifelhafter, sehr einfach möblirter Raum, der in mehr als Einer Hinsicht Reminiscenzen an die „*Bude*“ eines Bruder Studio weckt. Ein sehr simples, schmales Stiehpult ist mit Büchern und Karten bedeckt. Auf einem Pfeisenschemel in der Ecke stehen fünf ellenlange Pfeifen mit rohen Meerschaumköpfen. In der Ecke am Kamin leht ein Dugend Stöcke, vom einfachsten Eichenmittel bis zum kostbarsten spanischen Kiefer mit Eisenbein. Einer davon ist sogar ein Geschenk Kaiser Wilhelm's, dessen Porträt in ganzer Figur aus dem Eisenbein des Griffs herausgeschnitten ist. In der Thürecke stehen zwei nicht die Paradeschläger eines Corpsstudenten, aber doch zwei der Form nach ihnen verwandte Kirschbaum-Pfeifen — der eine davon, den der Fürst gern beim Reiten benützt, ein Deutsches vom Mont Valerien — sowie 2 Infanterie-Galadegen. Auf dem Zylinder-Bureau daneben präsentirt sich der farbigen Wülke des Bruders Studio gleich, die weiche gelberandete Kirschbaum-Pfeife des Fürsten, länglich gezogen von seiner beliebten Manier, dieselbe tief in das Gemüth zu setzen. Auf dem Kamin Sims sind eine Anzahl Dekationsgläser platziert; ein Seidel, dessen Deckel eine silberne Grafenkrone bildet und dessen Henkel ein silberner Adler schmückt; zwei hohe böhmische Pokale mit eingestrichenen Jagdhunden, und ein altdentischer, grüner Humpen, mit bunten Thiergestalten bemalt. Selbst das burschikose Trinthorn fehlt nicht in diesem Zimmer. Indes bei näherer Betrachtung belehrt uns eine auf dem außen ganz rohen Horn angebrachte Platte, daß es das Trinthorn weiland Kaiser Theodor's von Abyssinien sei, welches Gerhardt Hoffmann am 15. April 1868 in Magdala erbeutet und dem Fürsten als Geschenk verehrt hat. Unter den wenigen Bildern des Zimmers fesselt am meisten ein kleiner Stabstich, das Porträt der Mutter des Fürsten. Die seelichen Beziehungen großer Männer zu ihren Müttern bilden ja ein merkwürdiges Kapitel in der Weltgeschichte. Und allerdings aus dem Antlitz dieser klugen, heiteren, hellblickenden Dame kann man umschwer Zug um Zug die Physiognomie des Sohnes ablesen; und auf des Menschen Gesicht steht seine Geschichte. Die Mitte des Zimmers nimmt der grün bepannte Schreibtisch des Kaisers ein. Er ist in Abwesenheit des Bewohners sauber aufgeräumt, was ihm eben dann nur passiert; darin hat er mit dem Schreibtisch vieler Männer, die mit Kopf und Feder arbeiten, große Ähnlichkeit. In vordringenden offenen Fächern lagern Bücher und Broschüren. Oben auf liegen die preussische Ordensliste und der Almanach de Gotha, zwei für einen europäischen Staatsmann unentbehrliche Kompendien. Einige an ihrem oberen Ende stark zerfahrene Heftchen tragen die Spuren einer Gewohnheit des Fürsten, beim Nachdenken das weiche Holz der Stifte mit den Nägeln zu bearbeiten. Ein Briefbeschwerer von dunklem Marmor, auf dem ein Stück Bronze selbigen ist, trägt die Inschrift: „Dem Manne der That, Herrn Grafen v. Bismarck Excellenz.“ Ein königstreuer Bürger M. B. 1865 dieses Währungsstück vom Flensburger Böden.“ Einen kleineren Briefbeschwerer bildet das Traubenstück eines französischen Gefäßes, auf dem der Abdruck der Feldzugsmedaille von 1870–71 eingepreßt ist. Ein gleiches Stück von

einem österreichischen Gefäß trägt das Datum Königsgrätz 3. Juli 1866 und am Rande die Data sämtlicher Hauptkämpfe von 1866. Der Arbeitsstempel des Fürsten ist ein geschmühter Holzstempel mit Rundleiste, ohne jede weiche Unterlage. Eine interessante Merkwürdigkeit bilden die Orden des Fürsten, 47 an der Zahl. Ihre zum Theil kolossalen Stiele füllen einen Korb von 4 Fuß Länge. Es sind lauter Sterne mit Bändern und kunstvoll gearbeiteten Ketten von schwerem Golde mit kostbaren Emailarbeiten.

Eine Judenbekehrerin.

Der vatikanische Chronist der „*Gazzetta d'Italia*“ schreibt: Kürzlich hatte eine sehr reiche deutsche Dame beim Papste Audienz, welche außer den Titeln Baronin, Gräfin und Marchese auch den einer Herzogin von Legnano führt, nach einem Leben, welches sie in Italien verlebte. Sie ist eine schöne Wittve von 35 Jahren, im Besitze einer jährlichen Rente von 12 Millionen Lire. Die Frau Herzogin von Legnano ist die Blüthe des Legitismus und der politischen Reaktion, ihr religiöser Eifer ist so groß, daß sie freudig mit ihren kleinen weißen Händen den Scheiterhaufen nicht allein des Johannes Huf, sondern auch Dollinger's und des Paters Hyacinth anzünden würde. Da sie jedoch weiter selber noch Altkatholiken verbrennen kann, so begnügt sie sich gegenwärtig damit, Juden, Mohammedaner und Atheisten zu bekämpfen. Besonders hat sich ihr apostolischer Eifer den Ersteren zugewandt, und sie hat gelobt, jedes Jahr dem heiligen Vater eine mit Gold gefüllte Börse und einen kleinen oder großen taufbegierigen Israeliten darzubringen. Dieses Jahr hat die Frau Herzogin ihr Gelübde vollständig erfüllen können, denn sie hat dem heiligen Vater außer einer bedeutenden Summe Peterspfennige auch einen jungen Israeliten zugeführt, welcher unter ihrer Leitung bekehrt worden ist. Die Taufe des Neubekehrten fand vorgestern unter großer Feierlichkeit in der unterirdischen Basilika der Peterskirche statt. Man sagt, die Herzogin habe die Absicht, sich nach dem Orient zu begeben, um die Juden, welche zu Jerusalem wohnen, zu bekehren. Pius IX. hat der gläubens-eifrigen Deutschen ein prächtiges Geschenk gemacht. Es besteht in einem Kästchen aus Ebenholz, mit Silber verziert, in welchem ein Madonnenbild, ein eleganter Fächer von ausgezeichneter Arbeit, ein Gebetbuch und Gedächtnis von Damast für den Thee von 6 Personen sich befinden.

* **Ein Doppelmord.** Das Haus Mannysstraße 74 zu Berlin war am Dienstag Nachmittag der Schauplatz eines Doppelmordes. In jenem Hause wohnt die Wittve Groß mit ihren beiden Töchtern und zwei Chambregarnisten. Diese Letzteren unterhielten mit den Töchtern ein intimes Verhältniß, und war die Eine bereits mit ihrem Liebhaber verlobt, während die Andere von ihrem Erwählten, dem Mechaniker Weymar, noch kein festes Eheversprechen erhalten hatte. In Folge dessen hatte sich zwischen den beiden jungen Leuten eine Mißthimmung bemerkt gemacht, und es war zu unerquicklichen Auseinandersetzungen gekommen. Um die angegebene Zeit war die Ge-

gen. — Dies wünscht die Regierung geändert; sie glaubt, daß die Kreisordnung nicht der Platz sei, um eine Steuerfrage, eine Frage von so weiter Bedeutung, gelegentlich hier zu entscheiden. Die Frage über Kommunal-Beiseuerung taucht an allen Stellen auf und wird in einem nur dieses Thema berührenden Gesetzentwurf besser entschieden werden, als gelegentlich bei der Kreisordnung. Sie schlägt Ihnen deshalb vor als definitiv befreit, alle diejenigen aufzunehmen, über die eine Meinungsverschiedenheit zwischen den verschiedenen legislativen Körperschaften nicht existiert, in Bezug auf die Dienstgrundstücke und Beamten aber die jetzt geltende Gesetzgebung auch in Bezug auf die Kreisverhältnisse bestehen zu lassen, jedoch mit Hinweisung auf eine spätere Regulierung dieser Frage im Allgemeinen. Der zweite Punkt ist die Bildung der Amtsbezirke. Was ein Amtsbezirk zu erfüllen haben soll, darüber sind Regierung und Abgeordnetenhaus einer Meinung; das Abgeordnetenhaus aber hatte geglaubt, als nähere Präzisierung des Begriffes eines Amtsbezirks und zugleich als Instruktion für die Ausführung des Gesetzes Zahlen in das Gesetz aufnehmen zu müssen, welche bei der Bildung der Amtsbezirke maßgebend sein sollten, sowohl wenn es sich darum handelte, eine einzelne Gemeinde zu einem Amt zu machen, als auch namentlich, wenn der Amtsbezirk aus mehreren Gemeinden und Gutsbezirken zusammengefaßt werden sollte. Diesen Zahlen war eine Menge von Vorbehalten in der Art beigefügt, daß gesagt war, es sollten nur im Allgemeinen Normativbestimmungen sein, es sei aber gestattet, unter den Umständen von diesen Regeln abzuweichen. Die Regierung ist der Ansicht, daß eine solche Instruktion, die zudem noch an der Stelle, wo sie hier gegeben ist, mit einer Menge Kautelen und Ausnahmen umgeben ist, nicht wohl in das Gesetz gehört, sondern daß den Anhalt für die Ausführung des Gesetzes schon die Bestimmungen der Paragraphen enthalten, welche überhaupt über den Begriff des Amtsbezirks, seine Bedeutung und seine Aufgabe handeln. Rechnet man hinzu, daß gerade diese Zahlenbestimmungen in vielen Kreisen Besorgnisse erregen und die Besorgnisse namentlich für die Ausführbarkeit des Gesetzes, so ist die Regierung zu dem Entschluß gekommen, diese Zahlenbestimmungen vorzulassen. Der dritte Punkt ist die Ernennung des Amtsvorstehers. Sie erinnern sich, daß darüber Einverständnis herrschte, daß der Amtsvorsteher ernannt werden sollte, und es kam nur darauf an, aus welchem Kreise derselbe genommen werden sollte. Die Vorschläge des Abgeordnetenhauses gingen dahin, daß der Kreistag eine Liste der zum Amt Befähigten vorlegen sollte und daß der Oberpräsident gehalten sei, aus dieser Liste seine Ernennungen vorzunehmen. Es sind Bedenken darüber aufgetaucht, ob es nicht vorkommen könne, daß ein Kreistag aus irgend einer falschen Auffassung Personen aus dieser Liste wegnähme, welche zu dem Amte eines Vorstehers durchaus befähigt seien, und daß es dadurch unmöglich sei, die Ernennung eines Amtsvorstehers vorzunehmen, eben weil sich der Name in der Liste nicht finde. Die verschiedenen Vorschläge, welche gemacht worden sind, um diesem Mangel der Bestimmungen abzuhelfen, haben die Regierung dahin geführt, Ihnen vorzuschlagen, schon hier in dem Gesetze auszusprechen, daß solche Abhilfe notwendig sei, die Form der Abhilfe aber dem künftigen Provinzialgesetz, der Provinzial-Ordnung, vorzubehalten. — Der vierte Punkt ist der Erlaß von Polizeiverordnungen seitens der Amtsvorsteher. Es handelt sich um die Frage, ob derselbe verpflichtet sein solle, die Zustimmung des Amtsausschusses zur Grundlage des Erlasses einer Polizeiverordnung zu machen, oder ob er nur verpflichtet sein solle, den Amtsausschuss zu hören. Das Abgeordnetenhaus legte einen besonderen Werth darauf, die Zustimmung des Amtsausschusses für obligatorisch zu erklären. Das Bedenken dagegen basirte darauf, daß möglicherweise diejenigen Personen, welche den Amtsausschuss bildeten, oft nicht sehr geneigt sein würden, zu einem Erlaß einer Polizei-Verordnung zuzustimmen, weil sie mehr oder weniger davon selbst betroffen würden und es wurde nach einem Auskunftsmitel gesucht, um eine solche Verneinung des Amtsausschusses in den dazu geeigneten Fällen zu brechen. Die Regierung schlägt ihnen vor, eine Gesetzesbestimmung aufzunehmen, welche sagt, daß, wenn der Amtsausschuss die Zustimmung verweigert, dieselbe auf Antrag des Amtsvorstehers durch den Kreistag ergänzt werden kann. Der fünfte und hervorragendste Punkt betrifft die Zusammenfassung des Kreistages. Was in dieser Beziehung die Regierung Ihnen vorgeschlagen und was das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, ist bekannt.

Gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sind von vielen Seiten — ich glaube auch seitens des Abgeordnetenhauses selbst — Bedenken laut geworden. Darüber war alle Welt einig, daß man in den Stand der großen Grundbesitzer diejenigen Personen bringen wollte, welche halb ihres Kreises den Namen eines Großgrundbesitzers verdienen; und daß es nicht die Absicht sein könne, den Großgrundbesitzstand durch Auflagen zu vermehren, die absolut nicht hineingehören, ebenso wie es auf der andern Seite nicht die Absicht war, den Stand der kleineren ländlichen Grundbesitzer zu schwächen dadurch, daß man ihm Elemente der Intelligenz entziehe. Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß die Bestimmungen, welche das Abgeordnetenhaus angenommen hat, diesen Aufhebungsvorschlag machen zu dürfen. Sie schlägt nämlich vor, zwar nicht auf die Regierungsvorlage zurückzugehen, aber folgende Bestimmungen aufzunehmen: „Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen denjenigen zur Zahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, mit Einschluß der juristischen Personen, Altiengeellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammten auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belegenen Grundeigentum den Betrag von mindestens 75 Thlrn. an Grundsteuer und Gebäudesteuer entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 zur Grund- beziehungsweise Gebäudesteuer veranlagt werden. Nach Erlaß der Provinzialordnung bleibt den Provinzialvertretungen überlassen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise derselben den Betrag von 75 Thlrn. auf den Betrag von 100 Thlrn. zu erhöhen oder bis auf den Betrag von 50 Thlrn. zu ermäßigen. Für einzelne Kreise der Provinz Sachsen darf die Erhöhung bis zu dem Betrage von 150 Thlrn. erfolgen. Dem Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer treten diejenigen Gewerbetreibenden und Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in die Klasse A I. der Grundsteuer mit dem Mittelfaße veranlagt sind.“ Als Korrelat hierzu ist noch eine Uebergangsbestimmung in den Gesetzentwurf aufgenommen, welche ihre Veranlassung darin hat, daß, wie bekannt ist, die Grundsteuerverhältnisse in Neuvoormern ganz besonders abweichend sind von den übrigen. Es ist nämlich in dem § 183 gesagt: „Bis zu einer anderweitigen Beschlußfassung der Provinzialvertretungen tritt an die Stelle des in § 86 festgestellten Betrages von 75 Thlrn. Grund- und Gebäudesteuer für die Kreise der Provinz Sachsen der Betrag von 100 Thlrn. und für die Kreise des Regierungsbezirks Straßburg der Betrag von 250 Thlrn. Diese Sätze basiren auf statistischen Erhebungen, die über die Zweckmäßigkeit derselben, wenn Sie der Prüfung näher unterzogen werden, keinen Zweifel lassen. Nun giebt es noch andere Punkte, die ich aber hier nicht näher berühren und die von keiner besonderen Tragweite sind. Worauf es jetzt ankommt, das ist ein vollständiges Einverständnis zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus. Von welcher Bedeutung es sein muß, wenn eben zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus über jeden Paragraphen des mitzutragenden Gesetzes ein Einverständnis zu Stande kommt, das brauche ich nicht näher auszuführen; die Regierung hat gegeben, was sie kann und sie fordert jetzt, was sie muß. Thun Sie nun das Ihre. Ich gebe mich nicht bloß der Hoffnung, ich gebe mich der festen Zuversicht hin, daß das Abgeordnetenhaus die Lage verstehen und wirklich Hand in Hand mit der Regierung einem Gesetzentwurf von so enormer Bedeutung die Wege bahnen wird.

Der Minister des Innern legt ferner einen Gesetzentwurf vor, welcher die Dotation der Provinzialverbände betrifft. Wie der Staatshaushalt in dieser Beziehung steht, ist bekannt. Es kommt jetzt darauf an, die Summen, welche dort vorläufig in Aussicht genommen sind, gesetzlich festzusetzen und festzulegen, und die Regierung schlägt vor, ein Gesetz zu genehmigen, durch welches eine Summe von jährlich 3 Millionen Thlr. zur Verfügung gestellt wird, erstlich um die Provinzialverbände derjenigen Provinzen, die bisher mit Fonds noch

nicht dotirt sind, das wäre also Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schleßen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westphalen, die Rheinprovinz und der Stadtkreis Frankfurt a. M. und die hohenzollernschen Lande mit Fonds zur Selbstverwaltung auszustatten, und zweitens, und sowohl diese Verbände als den Provinzialverband von Hannover und die Kommunalverbände von Kassel und Wiesbaden in Stand zu setzen, die zur Durchführung der Kreisordnung, wenn sie nach Maßgabe dessen, was für die 6 stiftlichen Provinzen zu Stande kommen soll, auch Kreisordnung erhalten, die dazu erforderlichen Beihilfen zu gewähren. Die Vertheilung der Summen auf die einzelnen Provinzen muß späterer Festsetzung vorbehalten werden und ist in diesem Gesetz nicht vorgenommen. Vorgeschlagen wird überhaupt nur, zu sagen, daß 3 Millionen Thlr. zu dem eben genannten Behufe überwiesen werden und daß dieselben bei der Generalstaatskasse verwaltet werden sollen und verzinst bis zu dem Augenblicke, wo ihre wirkliche Verwendung in Wirksamkeit treten kann. Darunter ist namentlich zu verstehen, wenn die Provinzialvertretungen derartig organisiert sind, wie sie nach der Kreisordnung organisiert werden müssen. Die Ueberweisung weiterer Mittel wird in dem § 3 des Gesetzentwurfes vorbehalten, soweit nämlich eine gewisse Ablösung derjenigen Lasten, die jetzt auf der Staatskasse ruhen, an die Provinzen wird stattfinden können. Es kann sich die Abbildung wohl bis zur Höhe von 2 1/2 Millionen steigern, wenn die Verhältnisse, die jetzt auf der Staatskasse ruhen, an die Provinz herantreten werden.

Die zunächst gewählten Fachkommissionen haben sich heute konstituiert:

1) Die Petitions-Kommission: Gneist (Vors.), Prinz Hohenlohe (Stellvertreter), v. Rieckmann und Dr. Witte (Schriftführer). 2) Die Kommission für Geschäftsordnung: Wachler (Breslau), v. Denzin, Wachler (Dels), Lauenstein. 3) Die Budget-Kommission: v. Bennigsen (Vorsitzer), v. Götter (Stellvertreter), Ricker, Karsten, v. Porstian, Bernards (Schriftführer), Richter, Kasper, Birchow, Graf Wisingerode, v. Kardorff, v. Wedell (Machow), Elsner v. Gronow, Graf Lumburg-Syrm, Glaser, Schulbrinsky, v. Hörmann, von Benda, Miquel, Kiesel, v. Brauchitsch und Hahn.

Der Präsident zeigte ferner an, daß vom Finanzminister folgende Gesetzentwürfe eingegangen sind: Die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat der Jahre 1868 und 1869 nebst Anlagen, Vorbericht und den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer, sowie die Rechnungen der Rentdantur des Staatschatzes für dieselben Jahre; die Uebersicht der Staatsausgaben und Einnahmen des Jahres 1871 nebst Denkschrift und Motiven für die Etats-Ueberschreitungen und außerordentlichen gesetzmäßigen Ausgaben; das Staatshaushaltsgesetz für 1873; Gesetzentwurf, betr. die Erbschaftsteuer, ein Gesetzentwurf, betr. die Ausführung der §§ 3 und 4 des Gesetzes bezüglich der Aufhebung des Staatschatzes und die Ausführung des Gesetzes über Verwendung der Staatskasse im Jahre 1872 auf Zoll- und Steuerzinsen; Gesetzentwurf, betr. die Konsolidation preussischer Staatsanleihen; Gesetzentwürfe, betr. die Aufhebung der in der Provinz Hannover bestehenden Verkaufs-, Kucher- und Metrahtrecht und betr. die Verpflichtung zum Halten der Gesefsammlung und der Amtsblätter.

Von den Abg. Reichenperger und v. Mallindrodt sind folgende zwei Anträge eingebracht worden:

1) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, der k. Staatsregierung gegenüber auszusprechen, daß das Reskript des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten vom 15. Juni d. J., betr. die Ausschließung der Mitglieder der geistlichen Kongregationen oder Orden von der Lehrthätigkeit an öffentlichen Volksschulen mit den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 Art. 4 unvereinbar sei. (Rufe: Oh!) 2) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß die k. Staatsregierung unter Abänderung des Erlasses des Kultusministers v. Mühler vom 29. Juni 1871 anordnen werde, daß der römisch-katholische Religions-Unterricht auf dem Gymnasium zu Braunsberg nicht durch einen aus dem römisch-katholischen Kirchenverbande kanonisch ausgeschlossenen Religionslehrers ausgeübt werden könne; ferner soll Niemand gezwungen werden, seine Kinder an diesem Unterricht theilnehmen zu lassen. Endlich soll baldmöglichst für die Anstellung eines, seitens des Bischofs anerkannten Religionslehrers an dem stiftsmäßig katholischen Gymnasium in Braunsberg gesorgt werden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung auf Dienstag 11 Uhr und auf ihre Tagesordnung die erste Lesung der Kreisordnung zu setzen, deren Entwurf noch heute Abend vertheilt werden soll. Abg. v. Denzin schlägt dazu den Mittwoch vor, damit man Zeit habe, den Entwurf ordentlich durchzulesen, oder bei der Wichtigkeit der Sache noch besser den Donnerstag. Abg. v. Hennig: Es kommt bei der Kreisordnung jetzt nur noch auf wenige einzelne Punkte an, welche der Minister des Innern heute als abweichend von unseren früheren Beschlüssen erwähnt hat. Bis Dienstag kann man den Entwurf sehr wohl lesen und begreifen. Abgeordn. v. Mallindrodt: Bei der Lage, in der sich die Vertheilung der Kreisordnung befindet, fällt das Hauptgewicht auf die erste Lesung, denn es wird sich wesentlich um eine Würdigung der allgemeinen Situation handeln, nicht um einige wenige Paragraphen. Das Gesetz ist an Paragraphen sehr reich und nicht wenige Fraktionen dieses Hauses sind nicht in der bevorzugten Lage gewesen, durch Beziehungen zu der Staatsregierung außerhalb dieses Hauses sich darüber von vornherein zu orientiren, was die k. Staatsregierung denn nun zu ändern oder nicht zu ändern beabsichtigt. (Zustimmung rechts und im Centrum). Es ist bekanntlich von anderen Fraktionen dieses Hauses schon jetzt vor Einbringung des Gesetzes darüber Berathung gepflogen worden, wie man sich zu den von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen stellen werde. Ja, das Alles sind Vortheile, die es den Herren außerordentlich leicht machen werden, nach Verlauf weniger Tage, vielleicht schon morgen, in die Vertheilung einzutreten, aber gegenüber den anderen Fraktionen würde es durchaus unbillig sein, die Vertheilung zu beziehen und darum unterfütze ich den Vorschlag des Hrn. v. Denzin. Abg. v. Denzin verlangt die nöthige Zeit, um den Entwurf in seiner jetzigen Gestalt gründlich kennen zu lernen. Abg. Kasper: Handelte es sich nur darum, ob wir den Gegenstand Dienstag oder Mittwoch auf die Tagesordnung setzen sollen, so wäre darüber nicht viel zu sagen; der Abg. v. Mallindrodt hat aber diesem Vorschlage einen Beisatz gegeben, den ich von vornherein zurückweisen möchte. Es ist wahr, daß diejenigen Freunde, welche bei der ersten Vertheilung der Kreisordnung gefordert haben, gefragt werden sind, in welcher Weise das Gesetz am besten zu Stande gebracht werden könne; daß man sich nicht an die Gegner gewendet hat, daß ist eine einfache politische Regel. Man soll nicht glauben machen, daß irgend welche Heimglichkeiten vorgegangen sind. Daß man aber nicht diejenigen befragt hat, welche auf Schritt und Tritt diesen Reformen Schwierigkeiten bereitet haben, wird man doch Niemand übel nehmen wollen. (Zustimmung links.) Wenn unsere vorbereitenden Schritte wirklich den Erfolg haben sollten, ehemalige Gegner uns zuzuführen, so würden wir glücklich sein. Wir haben aber Vorbereitungen getroffen, daß, wenn dies auch nicht geschieht, die Durchführung der Reform gesichert ist. Dies Geheimniß, meine Herren, sei hier vor dem ganzen Lande proklamirt und nicht in zweideutigen Worten verhüllt. (Zustimmung links.) Abg. v. Mallindrodt: Ich habe vorhin noch durchaus keinen Tadel ausgesprochen, sondern nur Thatsachen hervorgehoben, und auf den Vorzug hingewiesen, dessen sich gewisse Seiten des Hauses erfreuen. Wenn es aber noch notwendig sein sollte, in eine Würdigung dieser Thatsache einzugehen, dann bin ich auch vollständig bereit, einen Tadel auszusprechen. Denn ich halte es durchaus nicht in der Ordnung, daß die Geschäfte des Landes, statt in der Landesvertretung, hinter den Coulissen der Landesvertretung behandelt werden. (Sehr wahr, rechts.) Abg. Kasper: Grade diesen Tadel wollte ich zurückweisen, denn er hatte bereits vertheilt in den Worten des Vorredners gelegen. Der offen ausgesprochene Tadel ist mir aber immer lieber als der versteckte und ich erkläre in Bezug auf diese Sache ein für allemal, die Geschäfte des Landes sind nicht hinter den Coulissen verhandelt worden, Herr v. Mallindrodt hat Kenntniss von allen diesen Dingen lediglich, weil er die Kunst versteht, Zeitungen zu lesen, denn dort hat Alles gestanden. Die Angabe, es seien fraktions-

weise Personen hinzugezogen worden, ist unrichtig. Nicht nach Fraktionen hat die Vertheilung stattgefunden, sondern lediglich nach Rücksicht auf die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen, welche der Reform günstig waren. Ich wiederhole nochmals, daß die Politiker gegen ihr eigenes Interesse und somit zum Schaden des Landes handeln würden, wenn sie solche Besprechungen über Reformen mit den Gegnern dieser Reformen veranstalten würden. (Zustimmung links.) Abg. v. Mallindrodt: Wenn der Abg. Kasper mich auf die Zeitungslektüre v. weist, dann erlaube ich mir aus diesem Schatz der Zeitungen einen Artikel hervorzuheben, wonach die Fraktion der Nationalliberalen auf den Vortrag des Abg. Kasper einstimmig Beschlüsse in Bezug auf die Kreisordnung gefaßt hat. Was im Uebrigen die fraktionsweise Beziehung angeht, so ist das, was der Abg. Kasper anführt, eben nicht richtig. Denn ich wäre in der Lage, ihm eine Fraktion zu bezeichnen, deren Vertreter zum Theil für die Kreisordnung gestimmt haben, die aber gleichwohl muthmaßlich, weil sie Mitglieder dieser Fraktion sind, nicht hinzugezogen wurden.

Der Präsident zieht darauf seinen Vorschlag zurück und das Haus entscheidet sich für Mittwoch. — Von ferneren Kommissionen sollen noch nach Mittheilung des Präsidenten die Agrar-, Gemeinde- und Unterrichtskommission gewählt werden.

Schluß 2 1/2 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Erste Vertheilung der Kreisordnung.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 16. November. Der dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Tagesgelder und die Reisekosten der Staatsbeamten, bezweckt zunächst die für die Entscheidung der Beamten bei Dienstreisen zu befolgenden Grundsätze, wie sie bisher in der Verordnung vom 28. Juni 1825 und dem allerhöchsten Erlaß vom 10. Juni 1848 enthalten waren, in einer gleichförmigen Vorschrift zusammenzufassen. Dagegen sind die in besonderen Gesetzen und Reglements enthaltenen Vorschriften mit Rücksicht auf die große Mannigfaltigkeit der zu berücksichtigenden Verhältnisse in den Entwurf nicht aufgenommen. Die Revision derselben, für welche die Grundsätze der gegenwärtigen Vorsätze die Direktive zu bilden haben, ist vielmehr dem Verordnungswege vorbehalten. — Der Entwurf beschäftigt sich lediglich mit der Festsetzung der den unmittelbaren Staatsbeamten aus Staatskassen zu gewährenden Vergütungen; eine materielle Begriffsbestimmung von „Dienstreisen“ giebt er nicht; hierüber sollen die bestehenden Grundsätze des Verwaltungsrechts entscheiden. Die Einzelbestimmungen des Entwurfs beruhen auf dem Prinzip, daß dem Beamten die ihm durch eine Dienstreise notwendig oder nützlicher Weise entstehenden Unkosten und baaren Auslagen erstattet werden müssen. Dieses Prinzip ist für die Fixirung der Sätze maßgebend gewesen. Für nicht vorherzusehende Fälle ist die Erstattung der wirklichen Auslagen vorbehalten.

Die Sätze selbst sind folgendermaßen normirt:

Die Staatsbeamten erhalten bei Dienstreisen Tagesgelder nach den folgenden Sätzen:

I. Aktive Staatsminister	10 Thlr.
II. Beamte der ersten Rangklasse	6 „
III. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse	5 „
IV. Beamte der vierten und fünften Rangklasse	4 „
V. Beamte, welche nicht zu obigen Klassen gehören, aber über den Subalternbeamten der Provinzialbehörden stehen	3 „
VI. Subalternbeamte der Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden und andere Beamte gleichen Ranges	2 „
VII. Beamte geringeren Ranges und Unterbeamte	1 „

Die Sätze werden um den vierten Theil vermindert, wenn die Hin- und Rückreise an demselben Tage erfolgen.

An Reisekosten, einschließlich der Kosten der Gepäc-Beförderung, erhalten:

I. Bei Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können:

- 1) die unter I. bis V. genannten Beamten für die Meile 10 Sgr. und 1 Thlr. für jeden Zu- und Abgang.
- 2) die unter VI. genannten Beamten für die Meile 7 1/2 Sgr. und 20 Sgr. für jeden Zu- und Abgang.
- 3) die unter VII. genannten Beamten 5 Sgr. für die Meile und 10 Sgr. für jeden Zu- und Abgang.

II. Bei Dienstreisen, welche nicht auf Dampfschiffen oder Eisenbahnen zurückgelegt werden können, erhalten:

- 1) die unter I.—III. genannten Beamten 1 Thlr. 15 Sgr.
- 2) die unter IV. und V. genannten Beamten 1 „
- 3) andere Beamten 15 „ für die Meile.

Haben erweislich höhere Reisekosten als die unter I. und II. festgesetzten aufgewendet werden müssen, so werden diese erstattet. Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1873 in Kraft treten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. November.

— Strebet nicht nach Schätzen, welche Rost und Motten verzehren, sondern übergebt sie mir! So ruft die Kirche ihren Gläubigen zu, und getreu dieser Lehre fängt sie eine reiche Dame nach der andern in ihre Klöster ein. Am vorigen Montage wurde bei den hiesigen Karmeliterinnen wieder die Tochter eines reichen polnischen Gutsbesizers im pleschener Kreise eingeliefert: Fräulein Franziska v. Kalkstein. Der Herr Erzbischof vollzog an der reichen Himmelsbraut persönlich die Zeremonie.

— In unserer Stadt ist es „in einem förmlichen Religionskrieg auf der Gasse zwischen der Schuljugend gekommen.“ Wer das noch nicht weiß, der lese in der Sonntagsnummer der „Germania“, was ein Pfäfflein „von der Weichsel“ berichtet, ohne jedoch die Zahl der Toten und Verwundeten anzugeben. Die Gassenjungen Posen würden sich nicht wenig darüber wundern, wenn sie erführen, welche Bedeutung ihre „Reisereien“ haben, daß fromme Federn darüber nach Westpreußen schreiben und Adressat davon der „Germania“ in der Reichshauptstadt Kunde giebt. Ja, in der Noth, wenn der gewöhnliche Religionskrieg nicht kommen mag, muß man sich mit einer Straßengerei begnügen, während man die Phantasie mit mittelalterlichen Greuelnzen delectirt.

— In der Schuhmacherstraße stürzte am Donnerstag bei einem Neubau ein Zimmergeselle aus der Höhe von etwa 20 Fuß herab, ohne sich jedoch dabei einen Schaden zuzufügen.

— Zwei Kandidaten des Jesuitenordens. Vor einigen Tagen wurde bei der hiesigen Polizeibehörde die Anzeige gemacht, daß der 16jährige Sohn hiesiger achtbarer Eltern plötzlich heimlich entfernt habe, wahrscheinlich in der Absicht, in ein Jesuitenkloster nach Krakau zu gehen. In Folge sofort ergriffener Maßnahmen gelang es, den jungen Menschen in Oppeln schon in dem Augenblicke festzunehmen, als er sich gerade ein Billet zur Weiterfahrt nach Oswiencim gelöst. In seiner Gesellschaft befand sich ein gleichalteriger Gymnasiast, welcher in derselben Absicht von Posen geflohen und sich die dazu erforderlichen Mittel durch eine etwas gewagte Finanzoperation verschafft; doch war letztere nicht in dem Maße ausgiebig gewesen, um weiter als bis Oppeln zu reichen. Beide jugendlichen Ordenskandidaten, denen möglicherweise die jesuitenfreundlichen Artikel des „Kuryer Pozn.“ den Kopf verdreht hatten, wurden auf Antrag der hiesigen Polizeibehörde festgenommen und per Schub wieder nach Posen geschafft.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Der Minister des Innern hat am Sonnabend den Entwurf der Kreisordnung zum dritten Male dem Abgeordnetenhaus vorgelegt, und dieses beschloß, nächsten Mittwoch in die Beratung der Vorlage einzutreten. Hoffentlich werden die drei Lesungen innerhalb 14 Tagen zu Ende geführt, wenn auch die Ultramontanen und Ultrakonservativen durch ihre Sprechübungen die Beratung in die Länge ziehen werden.

Die neueste Nummer des „Deutschen Wochenblattes“ bespricht in dem Leitartikel die Situation und erwähnt dabei, daß in den betreffenden Ressorts der Verwaltung bereits die Frage der Ausführung der Kreisordnung ventilirt wird. Es scheint — meint das genannte Blatt — hierbei der richtige Gedanke vorzuwalten, daß — unter Absehen von dem gewöhnlichen bürokratischen Gange — ad hoc Kommissionen gebildet werden, welche aus Beauftragten des Ministers, der Landesbehörden und der Provinzial- und Kreisvertretungen zusammengelegt, nach Verhandlung mit den Betheiligten ihre Vorschläge dem Minister des Innern unterbreiten. Derselbe Artikel behandelt auch die verschiedenen Versuche, welche gemacht werden, eine neue Parteibildung der konservativen Partei herbeizuführen und spricht denen im Herrenhause mehr Chancen zu, als den gleichzeitigen im Abgeordnetenhaus. In dem Herrenhause — sagt das Organ der Konservativen — sind alle gemäßigten Elemente, welche außerhalb der beruhten feudalen Opposition stehen, frei und geneigt, sich zusammenzuschließen. Um so mehr geneigt, als die Erfahrungen der letzten Tage ihnen vor die Augen geführt haben, wohin die konservative Romanistik einerseits, der Mangel an fester Organisation andererseits führen. Diese Gunst der Umstände lasse die Staatsregierung nicht unbenutzt: sie führe frische Kräfte zu, welche durch Intelligenz und soziale Potenz befähigt sind, das Ferment für eine Parteibildung herzugeben; und sie wird gerade der konservativen Sache den größten und nachhaltigen Dienst erwiesen haben.

Uebrigens wird die fernere Entwicklung der preussischen Krisis auch im Auslande mit regem Interesse verfolgt; man begreift allerdings, daß es sich um die Frage handelt, ob Preußen jetzt das feudale Wesen, mit welchem die öffentlichen Institutionen noch immer durchsetzt sind, für immer abthun und an die Spitze der modernen Staaten treten oder ein junkerhafter Partikularstaat bleiben will, der nie und nimmer im Stande wäre, die weltbewegende Frage über die Grenzen der Staats- und Kirchengewalt zu lösen. Am gespanntesten aber blicken die Süddeutschen nach Berlin. Allgemein ist das Gefühl, so wird der „Spen. Ztg.“ aus Württemberg geschrieben, daß der preussische Staat vor einem Standpunkt angelangt ist, der für die ganze deutsche Entwicklung von höchster Wichtigkeit ist. So lange es sich nur um das Schicksal der Kreisordnung handelte, trat dies weniger ins Bewußtsein. Seitdem aber die Aufgabe größer gefaßt und eine organische Reform des Herrenhauses in Aussicht genommen wird, folgt das öffentliche Interesse mit wachsendem Antheil und Zutrauen den dortigen Vorgängen. Es ist nicht übertrieben: mit dem bisherigen Herrenhause fällt eine Scheidewand zwischen Preußen und Deutschland. Die Empfindung ist allgemein, daß mit der Beseitigung dieses Hemmschuhes auch die deutsche Politik Preußens sich von einem Bleigewicht befreit fühlen dürfte. Das begreift insbesondere auch unsere süddeutsche Demokratie mit jenem Instinkt, den sie immer für das Wohl oder Wehe des Reichs besessen und an den Tag gelegt hat. Die Wendung in Berlin erfüllt den stuttgarter „Beobachter“ mit steigender Angst und veranlaßt ihn zu den tollsten Sprüngen, meint jener Korrespondent.

In Oesterreich sind es außer der tyroler Landeskrisis die Vorgänge im galizischen Landtage, welche einigermaßen die Aufmerksamkeit herausfordern. Die polnischen Politiker in Lemberg suchen nämlich ihre Reise zur Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten dadurch zu beweisen, daß sie Alles, was Förderung des Landes betrifft, ruhen lassen, dagegen mit gewohntem Eifer hohe Politik treiben. Die „Gazeta Narodowa“ drängt mit leidenschaftlicher Hast zur Erledigung der Adress-Angelegenheit. Die Kundgebungen der verfassungstreuen Landtage bezüglich der Wahlreform sind dem edlen Resolutionisten-Roske wie ein Sporn in die Weichen gefahren. Alles sieht sie verloren, wenn nicht zum Sturmsturm übergegangen wird. Noch zögert die Krone, und möglicherweise wird sie noch bis zum 30. November zögern, ihre Genehmigung zur Wahlreform zu geben; aber die Zentralisten machen alle Anstrengungen, um sie dazu zu drängen. Da gilt es, daß der galizische Landtag, der, wenn überhaupt einer, das willigste Gehör bei der Krone finden wird, seine Stimme erhebe und gegen die Vergewaltigung protestire. Darum, sofortiger Beschluß der Adresse und sofortige Absendung einer mit der Ueberreichung derselben beauftragten Deputation! Die Wahlreform ist diesen Polen natürlich ein Dorn im Auge und deshalb fällt die polnische Presse mit Wuth über die Ruthenen her, welche directes Wahlrecht verlangten. Natürlich, die parlamentarische Freiheit ist in Galizien nur für die Polen, anderwärts, wo sie in der Minderzahl sind, geriren sie sich als die gebornen Vertreter der Ideen des Rechts und der nationalen Freiheit.

Die französische Presse beschäftigt sich fast ausschließlich mit der Witschaft des Herrn Thiers. Die Zahl Derer, welche die Politik des Präsidenten angreifen, ist ziemlich schwach. Selbst Gambetta's Organ die „Republique française“ bringt Herrn Thiers seine Huldigung dar, indem es schreibt:

Als einst Sévres im Namen der Revolution offen und für immer mit dem alten Regime brechen zu sollen glaubte, sprach er das berühmte Wort: Zerschneiden wir das Tau! Und von diesem Worte, kann man sagen, datirt das moderne Frankreich. Auch Hr. Thiers hat jetzt das Tau zerschnitten. Er hat am 16. d. M. mit der Monarchie, welche es auch sein mag, gebrochen. Er hat die Republik als die einzige Regierung verkündet, die jetzt noch unserem Lande zuzufügen kann; er hat ihre Wohlthaten gerühmt, ihre Dienste gepriesen, ihre Vortheile verherrlicht. Niemals war Hr. Thiers mehr von dem wahren Geiste des heutigen Frankreich erfüllt, als bei dieser demwürdigen Gelegenheit. Glückliche die Männer, welche so an gewissen Tagen ihres Lebens ihre Vollmächter eines ganzen Volkes sein können! Das ist der wahre Ruhm und Hr. Thiers vollzog einen Akt, der ihm, wenn er von ähnlichen begleitet ist, wie sie das Land erwartet, diesen Ruhm zu sichern geeignet ist. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß wir über eine Menge von tatsächlichen Punkten mit Herrn Thiers nicht einverstanden sind und noch weniger über gewisse Theorien, die er in seiner Witschaft aus dem Neuen darlegen zu sollen geglaubt hat. Man gestatte uns, diese Punkte heute bei Seite zu lassen. Wir haben niemals von Herrn Thiers erwartet, daß er in seinem Namen unsere Ideen, unsere Grundsätze, unsere Reformprojekte auf die nationale Tribüne brächte und wir dürfen es ihm nicht verübeln, wenn er an Ansichten festhält, die nicht die unserigen sind, die er aber sein ganzes Leben lang vertreten hat. Allein diejenige Ansicht, der er noch vor Kurzem huldigte, seine ausgesprochene Vorliebe für die Monarchie, Herr Thiers hat sich jetzt von ihr entschlossen, mit Glanz, vor Frank-

reich und Europa, in dem feierlichsten Momente, da er als Staatsoberhaupt und als erster Beamter seines Landes sprach, losgesagt. Dieser Punkt muß namentlich an der Witschaft hervorgehoben werden: die Republik wurde über die Monarchie gestellt von dem Manne, der noch vor zwanzig Monaten die feste Stütze, die letzte Brustwehr der monarchistischen Ideen in Frankreich war. Die Monarchie ist nicht mehr und Herr Thiers hat ihr den Todenschein ausgestellt.

Dagegen schlägt das Gros der konservativen Organe einen entschieden feierlichen Ton an. So schreibt die „Gazette de France“:

Die Republikaner wünschen sich laut dazu Glück, daß Thiers gesagt hat: „Die Republik besteht; verlieren wir keine Zeit, sie erst auszurufen!“ Sie konstatiren mit Recht, daß dies die Theorie vom göttlichen Rechte der Republik ist, wie sie Proudhon, Louis Blanc und alle Führer des Radikalismus gepredigt haben. Die Wahrheit ist, daß Thiers nicht wagte, die Ausrufung der Republik zu verlangen, weil er sehr gut weiß, daß sie eben so wenig von der Kammer als vom Lande votirt werden würde. In Bordeaux gab er vor, man müsse erst organisiren und dann an eine Verfassung denken; jetzt möchte er die Republik stärken, ohne sie noch anerkennen zu lassen. Wir wollen sehen, wie Thiers an der Spitze des linken Zentrums und wie die Radikalen es anstellen werden, um ihr Werk in Sicherheit zu bringen. Die Monarchisten werden während dieser Zeit das Terrain vorbereiten, welches die armen Verirrten aufnehmen soll, die sich auf dieses Abenteuer einlassen könnten.

Für das auf dieser Seite Folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Hämorrhoiden und Brustleiden.

An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin. Berlin, November. Seit fünfviertel Jahren an Hämorrhoiden und an der Brust leidend, habe ich mit Ihrem Malzertrakt einen Versuch gemacht und gefunden, daß er mir sehr gute Dienste leistet. Senden Sie mir 20 G. Refener. Schuhmachergeselle, Rößstr. 9.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6; in Neutomysl Herr A. Hoffbauer; in Deutschenthal Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassiol & Co.; in Schroda Herr Fischel Baum; in Wągrowitz Herr Horrm. Ziegler; in Pleschen: L. Zboralski.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Allen Leidenden Gesundheit durch die delikate Revalescière du Barry, welche sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bei den nachfolgenden Krankheiten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserfucht, Fieber, Schwindel, Blutauffeigen, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden.

Certificat Nr. 48.421.

Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört, ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuß der Revalescière befreit.

Göfen in Steiermark, Post Wirtfeld, 19. November 1870. Hochgeachteter Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß beständige ich die günstige Wirkung der Revalescière, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortreffliche Mittel hat mich von entsetzlichen Atembeschwerden, beschwerlichen Husten, Blähfucht und Magenkrämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit.

Vinzenz Steininger, pensionirter Pfarrer.

Nachhaster als Fleisch, erpar die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Argenteen. In Blechbüchsen von 1/2 Pfd. 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfd. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière chocolattée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière-Bisquit in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen Nothe Apotheke A. Wühl, Krug & Fabricius, F. Fromm, Jacob Schleifner, Sohn, in Posen-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei Fritz Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

In unserem Verlage ist erschienen:

Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Pański 1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedynczo 10 sgr.

Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kosmicznego.

Anna Orzelska, pani Błękitnego Palacu, przez J. Barłoszewicza; O rodzinie Kopernika; Wyprawa do miasła, historia noworoczna; Obliczenia cen nowych miar i wag podług starych;

Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i. t. d.

Posen, im Oktober 1872.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co. (E. Röstel.)

Auf

Antoniner Prektofs,

sowie auf Speise-Kartoffeln, rothe und weiße, nimmt Bestellungen entgegen H. Hummel, Breslauerstr. 9.

Sigung der Stadtverordneten zu Posen am 20. November 1872, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

- 1) Wahl eines ersten Abgeordneten und eines ersten Stellvertreters dieses Abgeordneten zum Provinzial-Landtag.
- 2) Bewilligung der Kosten zur Wasserroßlegung in der Bader- und Kurzen-Gasse.
- 3) Wahl eines Schiedsmanns für das VI. Revier.
- 4) Desgleichen für das X. Revier.
- 5) Desgleichen eines Stellvertreters des Armen-Bezirks-Vorstehers für den XX. Armen-Bezirk.
- 6) Wahl der Mitglieder der Armen-Deputation.
- 7) Niederlassung des Photographen Rembeck.
- 8) Vorlage betreffend die Gewerbeschule und die Wahl eines Mitgliedes zu dem Kuratorium derselben.
- 9) Wahl der Mitglieder zur Stadtschul-Deputation.
- 10) Desgleichen der Armen-Bezirks-Vorsteher und deren Stellvertreter für die nächste Wahlperiode.
- 11) Desgleichen von 2 Ortsbezirks-Vorstehern und 5 Stellvertretern für den III., XI., XIV., XVIII., XIX. und XX. Bezirk.
- 12) Persönliche Angelegenheiten.

Verkauf von Baustellen.

Dreißig Baustellen, dem Kreise One gehörig unmittelbar am hiesigen Bahnhofe gelegen, in Größe von 1/4 bis einem Morgen, abgetheilt auf 5 bis 11 Thlr. pro Quadratruße, sollen plus licitando am

Freitag, den 29. November d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

an Ort und Stelle (am Bahnhofe) verkauft werden.

Die Parzellen sind abgegrenzt und mit Nummern bezeichnet. Von dem Kaufpreise ist die Hälfte sofort baar bei Ertheilung des Zuschlags, die andere Hälfte bei der gerichtlichen Auktion zu entrichten.

Letztere Hälfte kann auf Wunsch des Käufers auch gegen hypothetische Eintragung und Spozentige Verzinsung des Kaufpreises auf 3 Jahre gestundet werden.

Posen, den 8. November 1872.

Der Landrath.

Nollau.

3. Slupia bei Stensch wo soll zum Frühjahr ein neues Pfarrwohnhaus der Entwerfung gebaut werden. Zur Licitation ist ein Termin auf

den 5. December d. J.,

2 Uhr Nachmittags,

anberaumt worden, auf welchen die Herren Entwerfer mit dem Bemerkung eingeladen werden, daß die Zeichnung, Kostenanschlag und Baubedingungen jenseit in der Pfarrei dabei zur Ansicht liegen.

Das Kirchen-Kollegium.

Eine große Anzahl Posener Bürger

empfehlen zur Stadtverordnetenwahl (II. Kl. Dienstag 19. November):

Steuerrath Neukranz,
Kaufmann Paul Andersch,
Redakteur Fein,
Salomon Briske,
Karl Sartwig.

Zeitungs-Annoncen-Expedition

von

HAACK & RABEHL

BERLIN, 68 Friedrichs-Str. 68 BERLIN,

empfehlen sich zur Besorgung von Inseraten für alle Zeitungen, Fachschriften, Illustr. Blätter, Courbucher etc. und berechnen nur Original-Preise.

Raps- und Reinfuchen

offeriren billigt

Potworowski, Malecki, Plewkiwicz & Co. Bazar.

Preuß. Original-Loose kauft

mit hohem Anzue und bittet um Offerten C. Hahn in Berlin, Jerusalemstraße 11.

Das beste Mittel gegen alle Katarrhe,

Husten, Heiserkeit, Verschleimung, besonders auch bei Krampf- und Reuch- oder St. d. Husten ist unstreitig der E. W. Eger'sche Fenchelhonig-Extract. Bei veralteten Uebeln ist es gerathen, den Extract erwärmt einzunehmen, wodurch die heilsame Wirkung mehr überaus sich geltend macht. Als Causa, Reize, Schärfe, Gewürzstoffe, stark gefärbte Speisen und erregende Getränke sind bei Katarrhen durchaus zu meiden, ebenso kalte, raubige oder rauchige Luft. Auch enthalte man sich jeder Anstrengung des Spazierganges. Es wird mit vielen werthvollen Rathschlägen dieses rationellen Mittels auf die Tauschung des Publikums spekulirt, weshalb dieselbe in seinem eigenen Interesse beachten muß, daß der E. W. Eger'sche Fenchelhonig-Extract, kennlich an Glas, Facsimile, sowie an der in die Flasche eingezeichneten Firma von E. W. Eger in Breslau, nur allein ich zu haben bei: Amalie Wuttke in Posen, Wasserstraße 8/9; S. G. Schubert in Elfa; L. Leder in Lobens; M. Gasse in Schmiedel; Adolph Richmann in Gnesen.

lichen Vahnförpers mit zu Hülfe genommen werden müssen. Der Verlust kann auf mindestens 20,000 Thlr. geschätzt werden. Seit Freitag ist der Verkehr wieder frei, und kann die Unglücksstelle wieder besahren werden. — Unsere Bürgerchaft wird jetzt durch die Vorbereitungen der Stadtverordnetenwahl in Anspruch genommen. Mit Rücksicht auf die Aeußerungen auf der neulichen Volksversammlung in Posen, über welche Ihr Blatt berichtete, dürfte es Ihnen interessant sein, zu hören, daß wir demnach wahrscheinlich fünf Redakteure in der Stadtverordneten-Versammlung haben werden. Bereits sitzen vier Redakteure in unserer Stadtverordneten-Versammlung, und zwar zwei Chefredakteure und von jedem derselben ein Mitredakteur, und man sollte meinen, das wäre genug Presse in einer Stadt, die an Intelligenz nicht arm ist, eine Universität, viele wissenschaftliche Institute, eine Menge Behörden und einen hochgebildeten politisch-regamen Bürgerstand besitzt. Inbessen scheint die Praxis, Redakteure zur Behandlung öffentlicher Angelegenheiten herbeizuziehen, den Breslauer so gut zu gefallen, daß sie so leichtsinnig waren, jetzt auch noch den Chefredakteur des dritten Blattes (Schlef. Stg.) als Kandidaten für die Stadtverordneten-Versammlung aufzustellen. Ein Redakteur ist dazu da, so raisonniren die Breslauer, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, und wenn er nicht ordentlich thun soll, muß er selbst die Sachen sich ansehen und nicht bloß das wissen, was parteiische oder interessirte Stadtverordnete ihm zutragen. Uebrigens ist Herr Christian Beget erst wenig Jahre in Breslau, doch herrscht hier die Meinung, daß er durch die berufsmäßige Beschäftigung mit öffentlichen Interessen mehr von den hiesigen Kommunal-sachen versteht und einen größeren Ueberblick besitzt, als so mancher alte in Breslau geborene Publist, der nur beim Frischschoppen oder beim Schlummerpunsch die Fragen des gemeinen Wohls zu behandeln pflegt. So kräbwinkeelig diese Anschauungen auch nach positiver Begriffen sein mögen, so erreicht man doch durch diese Praxis den Zweck, tüchtige Kräfte für die Stadtvertretung zu gewinnen, und auch den, gediegene Publistiken an unsern Platz zu fesseln, denn die Herren werden gewahr, daß man Verständniß hat für ihren Beruf, der sie auf die praktische Bethätigung ihrer Kenntnisse unbedingt hinweist. — Das kürzlich eröffnete konfessionslose Johanneßgymnasium scheint dazu ausersehen zu sein, konfessionsschone Streitigkeiten zu erregen. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde die Theilung der Tertia und Sekunda in eine Ober- und Unterklasse beschloffen, worauf ein Mitglied sich darüber beischwerte, daß an der Anstalt nur „sogenannte“ altkatholische Religionslehrer, d. h. solche, welche sich von der Kirche getrennt hätten, angestellt worden seien. Man hielt ihm entgegen, daß die Trennung

